

SCHLAG LICHT

Nr. 22

21.6.82

ZEITUNG DER STUDENTENSCHAFT DER TECHNISCHEN HOCHSCHULE DARMSTADT

ASTA INFO

19.4.82

Auflage:
1000 Stück

Organ des Allgemeinen Studentenausschusses der Universität Kiel

**Wenn ein AStA
Massenmord und Folter
anprangert,
wird dies gerichtlich bestraft,
weil es sich um
allgemeinpolitische Äußerungen
handelt**



**Wenn ein AStA
zu Massenmord und Folter
schweigt,
ist das also keine
allgemeinpolitische Äußerung?**

SCHLAGLICHT!

erscheint
14-tägig

Impressum

Redaktion:
Christel Fischer
Bernd Golle
Michael Siebel
Franz Nagel
Ulli Bunttenbruch
Marianne Nowak
Roland Wengenmayr

V.i.s.d.P. AStA der
TH Darmstadt

Redaktionsschluß Nr 23
22.06.82

Herausgeber: AStA der THD

Inhalt

Bericht von der TH-Voll- versammlung	2
Leserbrief	3
Dokumentation zum "allgemeinpolitischen" Mandat	6
Noch ein Leserbrief	10
Rede zum Friedensfest	11
Buchbesprechung	13
Hochschulpolitische Nachrichten	15
Veranstaltungen	16

Bericht von der TH-Voll(?)versammlung

Die Tagesordnungspunkte der letzten Hochschulvollversammlung sind schnell aufgezählt: Neue Satzung der Studentenschaft; ZHD; Mittelkürzungen; eine eventuelle Resolution zum Reagan-Besuch in Bonn. Da die Vollversammlung nicht beschlußfähig war, konnten nur sog. "Meinungsbilder" erstellt werden.

Wesentlich waren wohl die ersten beiden Themen. Bei den kommenden Wahlen soll gleichzeitig über eine neue Satzung entschieden werden, die u.a. die Zusammenarbeit und die Hierarchie studentischer Gremien und Organe regeln soll. Ein Beispiel: Die TH-Vollversammlung ist dem Studentenparlament ("STUPA") übergeordnet, d.h. Beschlüsse, die auf der "VV" gefaßt werden, sollen maßgebend für das STUPA sein. So soll das Prinzip der "Basisdemokratie" zumindest in der Studentenschaft gehandhabt werden, jeder Student also direkt auf die HS-Politik Einfluß nehmen kann. Diese Satzung ist jedoch nicht rechtskräftig, sie stieß auf Widerstand im hess. Kultusministerium. In der neuen Satzung hingegen soll (kann) jedoch das STUPA alleinige Entscheidungskompetenz haben. (Wer sich näher über die neue Satzung informieren will, kann beim AStA kostenlos ein gedrucktes Exemplar erhalten.)

Zweiter wesentlicher Punkt war eine Stellungnahme zu den jüngsten Aktivitäten von Professoren der F.B. Maschinenbau und E-Technik, eine Schließung des ZHD zu erreichen. Das ZHD ("ZENTRUM FÜR HOCHSCHULDIDAKTIK") ist gegründet worden, um (wie der Name schon sagt) u.a. neue Lehrmethoden zu erforschen und die Einführung solcher zu fördern, alte zu verbessern, oder z.B. die Durchführung von Orientierungswochen zu unterstützen. Kurz gesagt, es soll erstens eine Beraterstelle für diejenigen sein, die hier an der Hochschule aktiv oder passiv mit der Lehre konfrontiert werden (also Profs, Wimis, Studenten, usw.). Zweitens soll es sich eben wissenschaftlich mit neuen Methoden der Didaktik befassen. In der Realität ist es allerdings nur in kleinen Teilbereichen in der Lage (aus Geld- und Personalgründen), diese Aufgaben wahrzunehmen. Die THD ist eine der letzten Hochschulen in Hessen, an der ein solches Zentrum eröffnet wurde. Mit einem Etat von jährl. 50000,- DM (von denen u.a. die bei-

den Wimi- Stellen, die mit dem ZHD verknüpft sind, finanziert werden), führt es jedoch ein "Aschenputtel-Dasein". Trotzdem wird es mit seinen Ansprüchen auf dem Gebiet der Lehre als Gefahr vor allem von Professoren der Ingenieurfachbereiche angesehen.

Sicher ist es zeitaufwendig und damit unbequem, sich mit neuen Methoden der Lehre zu befassen. Genauso scheint es für Professoren unangenehm zu sein, das gerade in diesen Fachbereichen stark ausgeprägte Vorgesetzten- Untergebenen- Verhältnis (nicht nur zu Studenten) zu ändern. Das ist aber für neue Lehrmethoden notwendig. Daß ein besseres Klima den Lerneifer erhöhen könnte, was auch den Forschungsarbeiten an den Fachbereichen zugute käme, wird dabei ignoriert.

Kurz und gut, jedenfalls mit dem fadenscheinigen Argument, die beiden Stellen und der Etat könnten angesichts der gespannten Finanzlage an die F.B. zu deren Vorteil verteilt werden, wurde die Schließung des ZHD beantragt. Daß die beiden Stellen und das Geld, selbst an einen Fachb. vergeben, nur ein Tropfen auf einen heißen Stein wären (angesichts der Mio.-Etats nat.-wiss. oder tech. F.B.), wird dabei wohlweislich verschwiegen. Nun, zum Glück wird dem Antrag im ständ. Aussch.1 wahrscheinlich nicht stattgegeben. Die Mehrheit der in der VV anwesenden Studenten unterstützte einen Antrag zur Weiterführung des ZHD.

Damit ist im Wesentlichen der Inhalt der VV erschöpft. Jedoch ist am ASTA in zwei Punkten Kritik anzumerken. DA ist zum Einen die mangelhafte Publizierung der Vollvers., die mit Sicherheit eine der Ursachen dafür war, daß sich nur ein Grüppchen von vielleicht 200 Leuten im Audi-Max einfand. Wenn man so wichtige Punkte wie die Entscheidung über die Satzung (schon im letzten Jahr wegen zu geringer Wahlbeteiligung gescheitert!) und die Aktivitäten gegenüber dem ZHD publik machen will, ist eine solche Informationspolitik nicht zu verstehen. Allerdings (zweiter kritikpkt.!) war es diesmal wohl ein Glück für den ASTA, daß so wenig Leute die peinlichen öffentlichen Auseinandersetzungen der ASTA-tragenden Fraktionen miterlebten. Das Bild, das der ASTA auf der VV abgab war jedenfalls deprimierend schlecht, schlechter als er in Bezug auf seine Tätigkeit während des Semesters nötig hätte. Diese Streitereien sind nicht einmal mit dem derzeitigen Wahlkampf zu entschuldigen. Bleibt nur zu hoffen, daß die Vorbereitungen und Absprachen zu einer VV in Zukunft im ASTA gründlicher getroffen werden.

Zum Schluß noch eine kurze Bemerkung: Einige "Funktionäre" (aus ASTA, STUPA, VV, ...) sollten sich ihre Arroganz gegenüber anderen Rednern(innen) abgewöhnen, sie steht weder in einem Verhältnis zu der Wichtigkeit ihrer Person, noch befugt sie ihr Amt dazu.

LESEBRIEF

WIRTSCHAFTSPOLITIK: DESHALB SO!!!!!!!

Zunächst vorweg: Ich finde es sehr gut, daß Uwe Arndt die Frage nach den Gründen der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik im Schlaglicht Nr. 19 aufwirft und möchte mit meinem Artikel dazu beitragen, die Diskussion fortzusetzen.

Uwe hält die von der Bundesregierung verfolgte Konzeption schon im Ansatz für verfehlt und führt aus, warum sie nicht aus der Wirtschaftskrise herausführen könne. Sein Hauptargument ist, daß sie den Nachfragemangel nicht behebe. Warum die Bundesregierung ihr Konzept verfolgt und nicht den von Uwe vertretenen Weg erscheint absolut unklar.

SIND BUNDESREGIERUNG UND FAST DER GESAMTE WIRTSCHAFTSPOLITISCHE SACHVERSTAND ZU DUMM?

Nein. Der Weg den die Bundesregierung verfolgt hat gute Gründe, wenn sie nicht bereit ist, das Wirtschaftssystem insgesamt in Frage zu stellen.

Im Rahmen unserer industrialisierten Wachstumswirtschaft (das folgende trifft nicht nur auf den Privatkapitalismus zu) kann Arbeitslosigkeit nur vermieden werden, wenn die Produktion mit der gleichen Geschwindigkeit wächst, mit der die Produktivität zunimmt. Wachstum mit konstanter Wachstumsrate ist progressiv. (Es wird hier von mir unterstellt, die Wachstumsrate der Produktivität sei konstant, für die nähere Zukunft sieht es eher so aus, als würde sich das Produktivitätswachstum noch beschleunigen).

Mit Zunahme der Produktivität nimmt zugleich die Kapitalintensität der Produktion zu. Infolgedessen erfordert eine krisenfreie Entwicklung der Wirtschaft progressive Ausdehnung der Produktion und die wieder eine überproportional steigende Akkumulation von Kapital, eine entsprechend steigende Rohstoffmenge und verursacht so nebenbei eine überproportional ansteigende Umweltzerstörung.

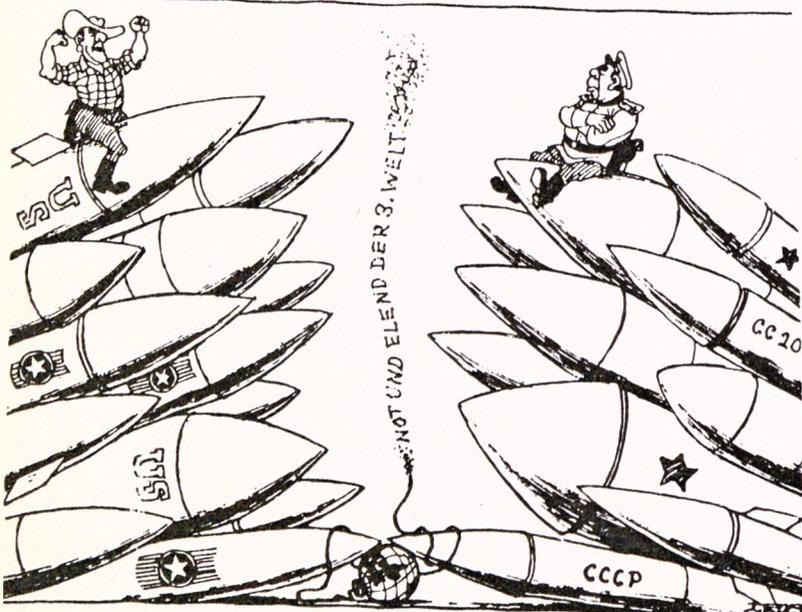
Wer das krisenfreie Wachstum dieser Wirtschaft aufrechterhalten will, der muß deshalb: Durch eine Politik der Stärke nach außen den wachsenden Rohstoffbedarf sichern, die Umweltzerstörung möglichst ignorieren und einen beständig wachsenden Anteil der Produktion akkumulieren, d.h.:

IMMER MEHR WIRD PRODUZIERT, NUR UM NOCH MEHR ZU PRODUZIEREN

Das gilt unabhängig davon, ob die Akkumulation in den Händen des Staates, wie im sowjetischen Modell, oder in den Händen privater Kapitalisten erfolgt. Die Akkumulation eines wachsenden Anteils der Produktion bedeutet Umverteilung.

Im Privatkapitalismus heißt es:

Hauptsache, immer mehr Atomraketen



DIE PROFITQUOTE MUß STEIGEN, DIE LOHN- QUOTE FALLEN!

Nur wenn das erreicht wird, wird eine Ausdehnung der Nachfrage zu einer Weiterentwicklung dieses Wirtschaftssystems beitragen. Diese Umverteilung zu erreichen ist daher das Kernziel der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik. Der Wirtschaftspolitische Sachverständigenrat weist genau, weshalb er zum Sozialabbau und Profitförderung rät. Unter den Bedingungen hoher Arbeitslosigkeit sind es vor allem die Sozialleistungen wie Sozialhilfe, Arbeitslosengeld usw., die eine allgemeine, bedeutende Lohnsenkung verhindern, indem sie den Zwang verringern, jede Arbeit akzeptieren zu müssen.

DIE ALTERNATIVE: DEMOKRATISCHE, BEDARFS- ORIENTIERTE WIRTSCHAFT!

Kurzfristige Maßnahmen können nur in der Verkürzung der Arbeitszeit und in der Verringerung des Produktivitätswachstums bestehen. Verringerung des Produktivitätswachstums bedeutet: Abwehr von Rationalisierungsinvestitionen und Arbeitsintensivierung, wo das unmöglich ist, Kompensation z.B. durch Ausdehnung von Kurzpausen während der Arbeitszeit.

Derartige Maßnahmen der Betroffenen selbst schaffen Voraussetzungen für die weitergehenden Schritte, die einerseits in dem Versuch liegen müssen, selbstverwaltete Betriebe aufzubauen, bzw. Klein- und Mittelbetriebe in Selbstverwaltung zu übernehmen und bei Großbetrieben tatsächlichen Einfluß auf die Produktion (was produziert wird und wie es produziert wird) zu nehmen.

KEINE PRODUKTION FÜR DEN MARKT

Damit die selbstverwalteten Betriebe nicht den gleichen kapitalistischen Zwängen ausgeliefert sind, müssen sie nicht nach irgendwelchen "Marktlücken" suchen, unabhängig davon ob die Produktion sinnvolle Bedürfnisse befriedigt, sondern müssen sich eine Absatzorganisation aufbauen, die vor allem zurückwirkt, die den Verbrauchern ermöglicht zu äußern, welche Bedürfnisse sie haben, und was produziert werden sollte, um diese zu befriedigen.

KEINE HOFFNUNG AUF DEN STAAT

Es ist nicht im geringsten zu erwarten, daß irgendein Teil des Staates eine solche Umstrukturierung unterstützt. Viel zu fest ist das ganze System der Staatsbürokratie mit der bisherigen Wirtschaftsweise verwachsen. Schließlich setzt echte Demokratisierung notwendig Dezentralisierung voraus und da wird auch der wohlmeinendste Parlamentarier nicht mitmachen wollen. Weitere Zentralisierung erschwert die Eingriffe der unmittelbar Betroffenen, macht es unmöglich, das tatsächliche Bedürfnisse geäußert werden. Statt Ausdehnung der Befugnisse des Staatsapparats, an dem das Parlament nur ein Anhängsel von untergeordneter Bedeutung ist, die wirklichen Entscheidungen fallen in den Ministerien, muß die Dezentralisierung der politischen und ökonomischen Entscheidungsgewalt gefordert werden.

Forderungen an den Staat, seine Wirtschaftspolitik zu ändern, statt Sozialabbau Ausdehnung der Nachfrage zu betreiben können zwar erhoben werden, haben aber keine Realisierungschance, da Sozialabbau den Gesetzmäßigkeiten der Wirtschaftsweise entspricht, mit der auch der Staat unlösbar verstrickt ist.

DIE DURCHSETZUNG: KRITISCHES LERNEN VON-
EINANDER

Die Kampfmittel müssen den Zielen entsprechen. Es ist klar, daß eine Umgestaltung der Wirtschaftsweise, die den Produktionszweck ändert, nur von denen vorgenommen werden kann, die produzieren: die Arbeiter und Angestellten. Damit dies geschieht ist persönliche Betroffenheit Voraussetzung. Die andere ist die Kenntnis von Alternativen und Handlungsmöglichkeiten. Was man tun kann ist die Erfahrungen von selbstverwalteten Betrieben, von Betriebsbesetzungen und Versuchen die Produktion von der Belegschaft selbst fortzuführen (z.B. Lip) oder die Produktion hin zu sinnvollen Produkten zu verändern (z.B. Lucas Aerospace) zu diskutieren und zu verbreiten. Außerdem kann man die Erfahrungen mit verschiedenen Kampfformen gegen betriebliche Rationalisierung und Arbeitsplatzvernichtung (z.B. Werkstor- und Betriebsbesetzungen) verbreiten, um von Erfolgen und Mißerfolgen anderer Belegschaften zu lernen.

Wolfram Fendler
Mitglied der GRÜNEN Bergstraße

Dokumentation zum "allgemeinpolitischen" Mandat

Die Studentenschaft soll politisch mundtot gemacht werden. Das Oberverwaltungsgericht Münster hat dem Münsteraner ASTa untersagt, Gelder an die VDS, die Dachorganisation der Studentenschaften in der Bundesrepublik, zu zahlen und auf diesem Wege ein "allgemeinpolitisches Mandat" wahrzunehmen.

Nun soll auch in Hessen so verfahren werden: Kultusminister versucht per Erlaß, Zahlungen an die VDS und Stellungnahme der hessischen ASTen zu "allgemeinpolitischen" Problemen zu verhindern. Zuwiderhandlungen sind bei hohen Geldstrafen verboten (siehe nachfolgende Dokumentation).

Formal ist diese Entscheidung korrekt. Die Frage ist jedoch, ob es ein "hochschulpolitisches Mandat", wie es sich gewisse Politiker wünschen, überhaupt gibt. Hochschulen sind - selbstverständlich - in unsere Gesellschaft eingebunden und tragen als Teil von dieser eine überaus hohe Verantwortung in technischen, naturwissenschaftlichen und geisteswissenschaftlichen Bereichen. Politik ist von diesen nicht zu trennen; ein Engagement nur auf den "Bereich Hochschule" zu beschränken, ist unmöglich, da niemand anzugeben vermag, wo "Hochschulpolitik" endet und "Allgemein-Politik" beginnt.

Dies schlägt sich auch in den Gruppen nieder, die für die Wahlen für die verschiedenen Gremien an den Hochschulen kandidieren: "Jusos", "MSB-Spartakus", "RCDS", "GAL" usw. ... die Namen allein deuten schon darauf hin, daß ihre Vertreter sich nicht durch "hochschulpolitische" Einstellungen, sondern vielmehr durch "allgemeinpolitische" definieren.

In diesem Sinne finden die Wahlen an den bundesdeutschen Hochschulen statt. Folglich haben gewählte Vertreter auch das Recht, zu allen politischen Themen im Interesse der Studenten Stellung zu beziehen.

Durch die künstliche Trennung von "Hochschulpolitik" und "Allgemeinpolitik" wird versucht, Informationen über für die Landesregierung unbequeme Initiativen, wie z.B. gegen die Startbahn-West oder für den Frieden, zu unterbinden. Dies ist ein (weiterer) großer Schritt Studenten politisch zu disziplinieren. Wie dieser an unserer Hochschule momentan abläuft, sollen die folgenden Seiten dokumentieren.

An den
Allg. Studentenausschuß
der Studentenschaft der THD
im Hause

Der Präsident
der Technischen Hochschule
Darmstadt

Betrifft: Beitragszahlungen an die Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS)

Bezug: Erlaß des Hess. Kultusministers vom 14. 1. 1982, Az.: V B 4 - 433/11 - 211 -

Anlagen: a) Erlaß des HKM vom 14. 1. 1982
b) Landtagsdrucksache 3/5830
c) Urteil des Oberverwaltungsgerichts Nordrhein-Westfalen vom 16. 10. 1981, Az.: 5 A 238/79

Sehr geehrte Damen und Herren!

In der Anlage übersende ich ein Urteil des OVG Nordrhein-Westfalen, aus dem sich ergibt, daß der VDS das allgemein-politische Mandat für sich beansprucht und daß es demgemäß unzulässig ist, Gelder der Studentenschaft an den VDS abzuführen. Eine solche Abführung von Geldern an den VDS würde für die verantwortlichen ASTA-Mitglieder nicht nur Regressansprüche nach sich ziehen können, sondern es müßte auch damit gerechnet werden, daß die Angelegenheit unter dem Gesichtspunkt Veruntreuung von Studentenschaftsgeldern strafrechtlich verfolgt wird.

Nach diesem Urteil ist es lediglich zulässig, dann Gelder an den VDS zu überweisen, wenn es sich um Förderung von Einzelprojekten handelt, die im Rahmen der Aufgaben des § 33 Abs. 2 des Hess. Hochschulgesetzes liegen und vom VDS ausschließlich hochschul- oder studentenbezogen betrieben und begründet werden. Auch in solchen Fällen dürfen die Zuschüsse erst dann ausgezahlt werden, wenn durch Rechnung nachgewiesen wird, daß die Ausgaben sich auf solche Projekte beziehen.

Der Kultusminister hat angeordnet, daß auch in Hessen nach diesem Urteil zu verfahren ist. Ich gebe Ihnen das hiermit zur Kenntnis und weise darauf hin, daß damit gerechnet werden muß, daß bei der Rechnungsprüfung nachgeprüft wird, ob Zahlungen an den VDS geleistet worden sind.

Da ich dem Kultusminister in dieser Angelegenheit berichten muß, bitte ich um Auskunft, ob die Studentenschaft im Jahre 1981 Beiträge an den VDS gezahlt hat, ggfls. in welcher Höhe und bitte des weiteren mitzuteilen, ob für das Jahr 1982 bereits Beiträge gezahlt worden sind.

T.: Ihr Antwort erbitte ich bis zum 30. 1. 1982.

ALLGEMEINER STUDENTENAUSSCHUSS DER
STUDENTENSCHAFT DER TECHNISCHEN HOCHSCHULE DARMSTADT
KÖRPERSCHAFT DES ÖFFENTLICHEN RECHTS

Sitzungsprotokoll der TH Darmstadt, Herbstsemester 1981/82

An den
Präsidenten der THD
im Hause

TH Darmstadt, im Herbstsemester 1981/82, am 9. Febr. 1982

Schreiben vom 8.2.82
Sehr geehrter Herr Präsident,

Nicht in Erfüllung unserer Aufgaben, aber um im Informationsbe-
dürfnis des kleinen Abgeordneten Borsche genüge zu tun, teilen wir
Ihnen mit, daß die Studentenschaft der TH Darmstadt im Haushalts-
jahr 1981 DM 6.000,- zweckorientiert an die Vereinigte Deutsche
Studentenschaft überwiesen hat. Im Haushaltsjahr 1982 ergingen
bislang noch keine Beitragsanfragen an die VDS.
In diesem Zusammenhang fordern wir Sie auf, über das Ergebnis der
Anfrage des kleinen Abgeordneten Borsche in dieser Sache uns zu
berichten.

Mit freundlichen Grüßen

(M. Siebel - Info-Referent)

JOISSES

3.3.1982 La
16 2820
IB 600-6-2

Der Präsident
der Technischen Hochschule
Darmstadt

An den
ASTA der Technischen Hochschule
Darmstadt
im Hause

BETR.: Beiträge zur Studentenschaft

Bezug: Ihr Schreiben vom 9. Februar 1982

- Anl.:
- a) Erlaß des Kultusministers vom 2.3.1982
 - b) Anfrage des Abgeordneten Borsche im Hess. Landtag
Drucks. 9/6049
 - c) Erlaß vom 23.2.1982

Sehr geehrte Damen und Herren,

In der Anlage übersende ich Ihnen eine Anfrage des Abgeordneten Borsche,
die ich schnellstmöglich beantworten muß. Ich bitte, mir bis zum
15.3.1982 Ihre Stellungnahme zu den Ziffern 1., 1. und 6. mitzuteilen.

Wie Sie aus dem in Kopie beigefügten Erlaß vom 23.2.1982 ersenen,
hält der Kultusminister mein Schreiben in Sie vom 21.1.1982 nicht für
ausreichend. Ich bitte daher, mir zu berichten:

- 1. für welche Zwecke die Studentenschaft im Jahre 1981
einen Beitrag an den VDS geleistet hat,
- 2. ob Sie meine Verfügung vom 21.1.1982 beachten werden oder nicht.

Sollte ich bis zum 15.3.1982 nicht im Besitz einer zweifelsfreien Er-
klärung sein, daß Sie dieser Verfügung nachkommen, wäre ich aufgrund
der Weisung des Kultusministers gezwungen, eine rechtsaufsichtliche
Verfügung gegen Sie zu erlassen aufgrund dieser Verfügung hatten Sie
allerdings dann auch die Möglichkeit, die Auffassung des Kultusministers
gerichtlichen nachprüfen zu lassen).

Mit freundlichen Grüßen
17.

Phini!

Amher

ALLGEMEINER STUDENTENAUSSCHUSS DER
STUDENTENSCHAFT DER TECHNISCHEN HOCHSCHULE DARMSTADT
KÖRPERSCHAFT DES ÖFFENTLICHEN RECHTS

Sitzungsprotokoll der TH Darmstadt, Herbstsemester 1981/82

An den
Präsidenten der THD

im Hause

TH Darmstadt, im Herbstsemester 1981/82, am 17.3.1982

BETR.: Beiträge zur Studentenschaft

Bezug: Ihr Schreiben vom 8.3.1982

Sehr geehrter Herr Präsident!

Obwohl es uns langsam zu müht wird, jede Woche eine neue Anfrage des kleinen
Abgeordneten Borsche zu beantworten, tun wir das, so gut wir es können. Trotz-
dem möchten wir anmerken, daß die ständige parlamentarische Zumfragererei dieses
Herrn Borsche in nicht unerheblichem Maß ja wohl auch Steuergelder verschlingt.
Gerade die vorliegende Anfrage zeigt deutlich, daß es sich für Herrn Borsche
nur noch um Schikane dreht.

Doch nun zu Ihren Fragen:

Sie bitten uns zu den Punkten 2., 3., 6. der Anfrage Stellung zu nehmen.

Zu 2.: Die Beiträge zur verfallenen Studentenschaft werden unseres Wissens nach
seit Genehmigung durch den Kultusminister erhoben. Vorher wurden
natürlich keine Beiträge erhoben.

Zu 3.: Die Begründung für die Beitragsätze entziehen sich unserer Kenntnis,
da diese vom Kultusminister festgelegt werden und natürlich auch be-
gründet werden.

Zu 6.: Dies entzieht sich unserer Kenntnis; woher sollen wir denn bitteschön wissen,
was die "einzelnen hessischen Hochschulen in den Jahren 1979, 1980 und
1981" an Beitragsanfragen an den VDS geleistet haben. Im Gegensatz zum
Kultusminister mischen wir uns nicht in die Angelegenheiten anderer Hoch-
schulen ein.

Mit Bedauern nennen wir zur Kenntnis, daß Ihr Schreiben vom 21.1.82 vom
Kultusminister "für nicht ausreichend" erachtet wird. Wegen dieses Noten-
systems haben wir uns schon ~~immer~~ gewandt. Aber Herr Präsident, trösten Sie
sich, der einmal durchgefallen ist, der darf einen zweiten Anlauf wagen.
(Dann aber nur auf Senatsbescheid!)

Zu Ihren Fragen nehmen wir wie folgt Stellung:

Zu 1.: Wie schon in unserem Schreiben vom 9.2.1982 mitgeteilt, haben wir im
Jahre 1981 6.000,-DM protestgebunden an die VDS überwiesen.

Zu 2.: Wir möchten Ihnen nochmals versichern, daß wir den Inhalt Ihres Schreibens
vom 21.1.1982 zur Kenntnis genommen haben und das auch ganz toll finden,
was Sie uns da mitteilen. Mit Interesse verfolgen wir die Reaktionen auf
das DVG Urteil in NRW hier in Hessen.

Wir hoffen, daß wir damit Ihre Fragen zur Zufriedenheit des Kultusministers
beantworten konnten und hoffen auch weiterhin auf eine leidliche Zusammenarbeit.

Mit freundlichen Grüßen

M. Siebel
Michael Siebel - Info-Referent

Datum 10. 5. 1982 ha
Durchzahl 16 28 20
I B - 600-2-4 -

Der Präsident
der Technischen Hochschule
Darmstadt

An den
Allgemeinen Studentenausschuß
der Studentenschaft der
TH Darmstadt

Im Hause

Betrifft: Wahrnehmung eines "Allgemeinpolitischen Mandats"
durch die Studentenschaft

Bezug: Verschiedene Schreiben und Besprechungen, zuletzt am
29. 4. 1982

Sehr geehrte Herren!

Ich habe Sie in der Vergangenheit wiederholt darauf hingewiesen, daß der Studentenschaft ein allgemeinpolitisches Mandat nicht zusteht. Ich habe Sie mehrfach über die Rechtslage unterrichtet und Ihnen auch alle mir zur Verfügung stehenden gerichtlichen Entscheidungen zum "allgemeinpolitischen Mandat" übersandt. Wir haben des weiteren öfters über die Problematik des politischen Mandats debattiert, insbesondere über seine Abgrenzung zum "hochschulpolitischen Mandat" (§ 63 Abs. 2 Nr. 2 HHG) und die Förderung der politischen Bildung und des staatsbürgerlichen Verantwortungsbewußtseins (§ 63 Abs. 2 Nr. 5 HHG).

Auch wenn Ihnen zuzugestehen ist, daß nicht in allen Fällen eine zweifelsfreie Grenzlinie zwischen den vorstehend genannten zulässigen Aufgaben und dem "rechtlich unzulässigen allgemeinpolitischen Mandat" zu ziehen ist, stellen einige Publikationen der Studentenschaft aus dem vergangenen Wintersemester 1981/82 zweifelsfrei die Inanspruchnahme des der Studentenschaft untersagten allgemeinpolitischen Mandats dar. Hierbei handelt es sich im einzelnen um folgende Publikationen:

1. AStA-Info vom 4. 11. 1981, soweit dort aufgerufen wird zur Solidarisierung mit den Hungerstreikern.
2. AStA-Info Nr. 47 vom 2. 12. 1981, soweit dort das Emblem der Startbahngegner verwendet wird und Stellung genommen wird zum "Hungerstreik an der Startbahnmauer".



3. AStA-Info Nr. 50 vom 15. 12. 1981, soweit dort das Emblem der Startbahngegner verwendet wird und aufgerufen wird zu einer Veranstaltung "Wie weiter im Kampf gegen die Startbahn-West?"
4. AStA-Info Nr. 6 vom 4. 2. 1981, soweit dort das Emblem der Startbahngegner verwendet wird.
5. Aufruf zum AStA & BI - Fest vom 31. 10. 1981, soweit dort das Emblem der Startbahngegner verwendet wird.
6. Dokumentation mit dem Titel "Keine Startbahn West", soweit dort das Emblem der Startbahngegner verwendet wird, soweit auf Seite 29 eine Erklärung der Flughafenausbauegner abgedruckt ist, soweit dort auf Seite 30 zu gezielten Aktionen aufgerufen wird und soweit dort auf den Seiten 33 und 34 zu Spenden für die Startbahngegner aufgerufen wird.

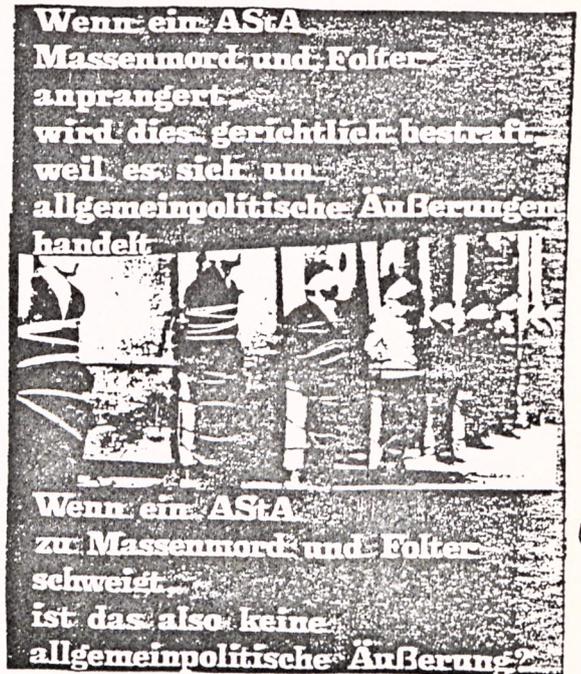
Ich habe Ihnen - letztmals am 29. 4. 1982 - erläutert, warum derartige Publikationen nicht vom gesetzlichen Aufgabenkatalog der Studentenschaft gedeckt sind. Ich verweise noch einmal auf die Ihnen bereits bekannten Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts vom 13. 12. 1979 - BVerwG 7 C 65/78 -, des Bundesgerichtshofes vom 23. 10. 1981 - 2 StR 477/80 - und des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes vom 24. 11. 1980 - VGH Kassel VI OE 62/79. Danach ist die Wahrnehmung des allgemeinpolitischen Mandats durch die Studentenschaft nicht nur unzulässig, sondern sie stellt zugleich auch eine Veruntreuung von Geldern der Studentenschaft dar. Diese Veruntreuung kann zu Regreßansprüchen gegenüber den verantwortlichen AStA-Mitgliedern führen, diese Veruntreuung kann auch strafrechtlich durch die hierfür zuständigen Gerichte geahndet werden. Es können des weiteren Ordnungsgelder gegen die Studentenschaft angedroht und festgesetzt werden.

Ich möchte Sie nachdrücklich bitten, die Rechtslage zum allgemeinpolitischen Mandat strikt zu beachten. Bei erneuten Verstößen wäre ich gezwungen, Ordnungsgelder gegen die Studentenschaft festzusetzen und des weiteren solche Maßnahmen zu ergreifen, die sicherstellen, daß weitere Verstöße gegen geltendes Recht unterbleiben.

Für den Fall der Zuwiderhandlung werde ich gezwungen sein, Ordnungsgelder von bis zu 3000,- DM festzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen

H. Blume



Wenn ein AStA
Massenmord und Folter
anprangert,
wird dies gerichtlich bestraft,
weil es sich um
allgemeinpolitische Äußerungen
handelt.

Wenn ein AStA
zu Massenmord und Folter
schweigt,
ist das also keine
allgemeinpolitische Äußerung?

ALLGEMEINER STUDENTENAUSSCHUSS DER
STUDENTENSCHAFT DER TECHNISCHEN HOCHSCHULE DARMSTADT
KÖRPERSCHAFT DES ÖFFENTLICHEN RECHTES

Studentenschaft der TH Darmstadt, Hochschulstraße 1

An den
Präsidenten der THD
im Häusle



Nr. Zeichen: Ihre Nachricht vom: Unser Zeichen: D DARMSTADT den

Betr.: Erfüllung der Aufgaben der
Studentenschaft gemäß § 63 IIIIG

Bezug: Ihr Schreiben vom 10.5.82

Sehr geehrter Herr Böhme!!!



In Anbetracht der Tatsache, daß Argumente durch
häufiges Wiederholen auch nicht besser werden,
wollen wir zu Ihrem Schreiben auch nur kurz und
in der von uns gewohnten Art und Weise antworten.

Die Auseinandersetzungen um die Startbahn West
des Frankfurter Flughafens haben eine ganze Re-
gion über mehrere Jahre beschäftigt. Einer solchen
Bewegung kann sich auch die Studentenschaft der
THD nicht entziehen, selbst wenn sie es wollte.

In unseren Publikationen haben wir immer wieder
den realen Bezug dieser Auseinandersetzung zur
Studentenschaft deutlich gemacht. Was für die
Arbeitsmarktsituation bezüglich der Rüstungs-
industrie gilt, trifft in demselben Maße auch
auf technische Großprojekte wie die Startbahn
zu. Wir werden es uns aus diesem Grund auch in
Zukunft nicht nehmen lassen, über solche oder
ähnliche Tendenzen zu informieren. Bezüglich
der Wahrnehmung des allgemeinen politischen Man-
dats stellen wir nach wie vor fest, daß natür-
lich gemäß unseres Grundgesetzes auch der Stu-
dentenschaft ein Recht auf freie Meinungsäuße-
rung zusteht. Wenn die bürgerliche Rechtspre-
chung da anderer Ansicht ist, so ist das für uns
noch lange kein Grund, von unseren prinzipiellen
Positionen abzurücken. Die Geschichte hat gezeigt,
daß Positionen von Minderheiten nicht deshalb
schon falsch sind, weil sie von Minderheiten ver-
treten werden.



Freiheit
statt
Strauß



Hier wäre Platz
für das Emblem:
Keine Startbahn
West!

Wir brauchen
Keine Embleme!

Und mit diesem Mandat ist es ja nun wirklich nicht
so einfach. Da nach Rechtsprechung des Ver-
waltungsgerichtshofs die Startbahn ja nicht der
Landesgesetzgebung unterliegt, dürfte also, kon-
sequenterweise die hessische Landesregierung keine
Äußerungen zur Startbahn tätigen. Dies hat sie
aber wiederholt getan. Wir sehen natürlich davon
ab, gegen den Ministerpräsidenten unseres Landes
Dienstaufsichtsbeschwerden zu erheben, weil natür-
lich auch für ihn das Grundgesetz gilt.
Was allerdings zu prüfen wäre, ist, ob Herr
Börner nicht unter den § 88a fällt. Zwar ver-
bleibt das auch so hohe Amt dieses Herrn, latten-
schwingenderweise Startbahngegner zu vermögen,
aber es könnte ja sein, daß einige seiner Unter-
gebenen diese einmalige Möglichkeit wahrnehmen.
Aber warum in die Ferne schweifen, wenn der Gute
liegt so nah! Sie selbst, Herr Böhme, haben auf
der letzten Vollversammlung der Studentenschaft
euphorischen Beifall kassiert, als sie den An-
trag zur Startbahn des ASTA unterstützten.
Haben Sie da doch wohl nicht etwa...
das allem... (Wir wagen es gar nicht auszu-
sprechen).
(War aber trotzdem saustark!!!)

Was die Zahlung von Ordnungsgeldern angeht, sind
wir der Ansicht, daß wir unser Geld für bessere
Sachen ausgeben können, als für son Blödsinn.

Wir hoffen, daß unser reger Austausch über den
Komplex "allgemeinpolitisches Mandat" andauern
wird. Spaß machts ja!



VENCEREMOS

KEINE STARTBAHN WEST



Leserbrief:

Folgender Leserbrief wurde uns von Günter von der BI Darmstadt übermittelt.

Aus Platzgründen (das Original umfaßt drei Seiten) mußten wir uns hier auf den Abdruck der aussagekräftigsten Passagen beschränken. Deshalb noch einige Erläuterungen: Seine Info-Reise, auf der Günter möglichst viele über die Startbahn-West und deren Problematik hinweisen wollte und konnte, führte ihn durch 40 Städte in Deutschland, Norwegen, Dänemark, Holland und Belgien. Bei Informationsveranstaltungen und Diskussionen, die er zusammen mit anderen Leuten organisierte, stand der militärische Aspekt der Startbahn im Vordergrund.

Bericht und Eindrücke meiner siebenmonatigen Info-Reise zur Startbahn-West

Als sich immer mehr herauskristallisierte, daß die Startbahn-West ein militärisches Objekt wird, hat sich in mir etwas geregt, was mit meinen Kindheitserinnerungen zusammenhängt. Damals, im Jahre 1939, als ich eingeschult wurde, hat man uns Kindern das selbe Märchen von der Nützlichkeit der Autobahnen erzählt, wie jetzt von der Startbahn-West. Beides ist untrennbar miteinander verbunden. So, wie sich die Lage im Wald draußen bei Mörfelden-Walldorf abzeichnete, kamen mir wieder die Kriegserlebnisse in Erinnerung. Damals war ich dabei, als Berlin und Dresden in Schutt und Asche fielen, wie die Zerstörungswut furchtbare Ausmaße annahm. Und jetzt wieder dasselbe erleben zu müssen, war mir einfach zuviel. Somit kam ich auf die Idee, eine Inforeise zu starten, um diese hochwichtige Sache in die Welt hinauszuschreien.

Es begann mit der Mobilisierung zur Großdemo voriges Jahr am 14.11. in Wiesbaden. (...) Ich hatte festgestellt, daß man als einzelner Mensch sehr wohl Massen mobilisieren kann. Ich hatte zu diesem Zweck immer mein Alter, immerhin 48 Jahre, mitgebracht und hatte aufgrund meiner Kindheitserlebnisse, die ich immer wieder als Beispiele anführte, eine recht große Resonanz gefunden. (...) Ich hatte ihnen (Norwegern bei einer Veranstaltung in Oslo, Anm. d. Red.) anhand von einer Deutschlandkarte die immens gefährliche Lage der Startbahn-West erklärt (...) Die Norweger sind für solche Veranstaltungen wesentlich empfänglicher als die Leute hier. Diesen Eindruck hatte ich jedenfalls. (...) Ich bin bewußt als Deutscher in beiden Ländern (Norwegen und Dänemark, Anm. d. Red.) aufgetreten, um zu zeigen, was ich von der Amerikahörigkeit der Bundesregierung und der Hessischen Landesregierung halte. (...) Zu Holland ist zu sagen, daß es wahr ist mit der sogenannten "Holländischen Krankheit". Die Friedensbewegung und die Bewegung gegen die Neutronenbombe ist da so dermaßen intensiv, wovon wir hierzulande nur träumen können. (...) Ich bin auf die starke Präsenz der US-AIR-BASE sehr stark eingegangen, und habe den Zusammenhang ihrer Anwesenheit und dem Bau der Startbahn West immer wieder erklären müssen. (...) Ich habe auf meiner Info-Reise auch ein paar Soldaten aus Koblenz kennengelernt (...) Die Soldaten waren mit sehr großem Interesse gekommen und haben sich an der Diskussion lebhaft beteiligt. (...)

Zusammenfassend kann ich feststellen, daß die Sorge um den Erhalt des Friedens immer größer wird, daß sich immer mehr Parallelen zur Weimarer Republik abzeichnen. Hier ist das Engagement jedes einzelnen sehr notwendig. Hier müssen wir eindeutig beweisen, daß wir uns wesentlich effektiver zur Wehr setzen, als die Vorkriegsgeneration. Hier werden unsere elementaren Grundrechte angegriffen. Das können und dürfen wir nicht so einfach schlucken. Es geht ganz massiv um unsere Umwelt, die wir mehr als nötig brauchen. Wir müssen dem Moloch Wachstum gehörig die Krallen stutzen, wenn wir noch menschenwürdig leben wollen. Dies ist mir in diesen sieben Monaten voll und ganz zu Bewußtsein gekommen, stärker noch als je zuvor. Ich habe gesehen, wieviele Initiativen um ihre Rechte kämpfen.

Abschließend will ich noch darauf hinweisen, daß wir hier in Hessen uns mit aller Kraft und mit massenhaftem Engagement für das Zustandekommen eines breiten Wahlbündnisses einsetzen müssen, um im September wirklich Ministersessel abzusägen, und zwar mit allem Nachdruck - das sind wir uns und unserer Nachwelt mehr als schuldig. Nach den Ereignissen der letzten Jahre und Monate haben wir hier und jetzt die Möglichkeit dazu.

Günter, BI Darmstadt

Es gibt nichts Wichtigeres als den Frieden!

Begrüßungsrede des ASTA-Referenten Michael Siebel
anläßlich des Friedensfestes am 8. Mai.

"Von 650 vor Christus bis heute zählten die Historiker 1.656 Versuche, durch Wettrüsten den Frieden zu bewahren. Dies führte 1.640 mal zum Krieg. In den anderen Fällen zum wirtschaftlichen Ruin der Beteiligten."

Ich denke, daß diese mittlerweile in der Friedensbewegung berühmt gewordene Feststellung die beiden zentralen Aspekte der Hochrüstungspolitik trifft.

Eine Gesellschaft, deren so hochgelobte Freiheit auf einem Konzept von Gewalt aufbaut, ist letztendlich menschenverachtend.

Eine Gesellschaft, deren Wirtschaftsordnung Rüstungstechnologie und Produktion nicht mehr entbehren kann, ist über kurz oder lang zum Scheitern verurteilt.

Ich möchte hier nochmal einige Argumente nennen, die die Perversion des weltweiten Wettrüstens verdeutlichen:

1. Über jedem Kopf der Menschen dieser Erde hängt ein 15 Tonnen schwerer Dynamitwürfel. Das heißt, daß jeder Mensch nicht nur 1mal zerfetzt, verbrannt, verstaft werden kann, sondern 20 oder 30mal. "Nach"rüstung hat nichts mehr mit Abschreckung zu tun, sondern ist kriegstreibend und aggressiv.

2. Ein zentrales Argument der Nato- Rüstungsbosse ist immer, daß die SU Kriegshetzerei betreiben würde. Doch ich denke, daß auch hier nochmal klar gesagt werden muß, daß alle technologischen Neuerungen immer zuerst von den USA eingeführt wurden. Dies gilt für die Wasserstoffbombe, Langstreckenbomber, Atom-U-Boote usw., usw... Die vermeindliche Notwendigkeit der Abschreckung wird immer wieder durch ein Feindbild gestützt und nicht durch eine tatsächliche Bedrohung.

3. Immer wieder wird behauptet, daß Rüstung Arbeitsplätze schafft oder zumindest sichert.

Dies ist objektiv falsch!!

Nach Berechnungen des amerikanischen Abgeordneten Aspin können mit 1 Mrd. Dollar in der Rüstungsindustrie 35.000 Arbeitsplätze geschaffen werden, dagegen im Gesundheitswesen 77.000 und im öffentlichen Dienst gar 132.000. Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie sind von Aufträgen abhängig. Der Erhalt dieser volkswirtschaftlich teuren Arbeitsplätze ist also nur durch eine riesige Steigerung der Rüstungsausgaben sicherzustellen. 85% aller Rohstoffe werden von 15% der Menschheit verheizt. Verheizt für sinnlose Waffen. Dazu müssen wir klar und deutlich sagen: NEIN!! Doch was ergibt sich aus all dem für die Friedensbewegung, der doch immer blinder Pazifismus vorgeworfen wird.

Ich denke, daß das eine Bein der sog. Sicherheitspolitik gestärkt werden muß.

Es heißt Entspannungspolitik.

Der Gegner muß Freund werden, Feindbilder müssen abgebaut werden.

Doch es muß auch klar gesagt werden, daß das andere Bein langsam verkürzen muß. Es heißt: Militärpolitik zur Verteidigung der BRD durch Abschreckungsmaßnahmen. Damit komme ich zum nächsten Punkt.

Erstes Ziel der Friedensbewegung, und da sind sich alle einig, muß die Verhinderung des Nato-Nachrüstungsbeschlusses sein und ich denke, wenn die Friedensbewegung das Gespräch mit den Gewerkschaften und bestimmten Kreisen der SPD sucht, dieser Nachrüstungsbeschluss zu verhindern ist.

Doch ich denke auch, und da sind wir uns vielleicht nicht einig, daß die Friedensbewegung die Radikalität aufbringen muß, eine neue, gewaltfreie Gesellschaft aufbauen zu wollen. Dies heißt auch Änderung der ökonomischen Verhältnisse.

Aber das Stichwort heißt: soziale Verteidigung!

Ich denke, daß solche Konzepte viel stärker diskutiert werden müssen. Solche Konzepte fordern natürlich einen anderen Menschen, aber wie forderte schon die Pariser Comune:

Ihre Lage verändernd
ändern sich sich selbst
und selber verändert
ändern sie das Ganze.

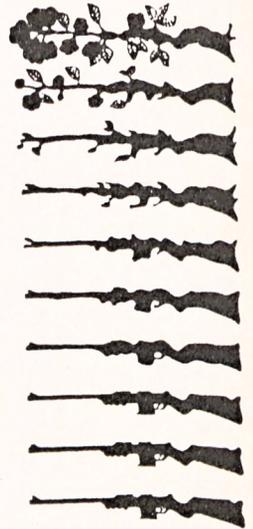
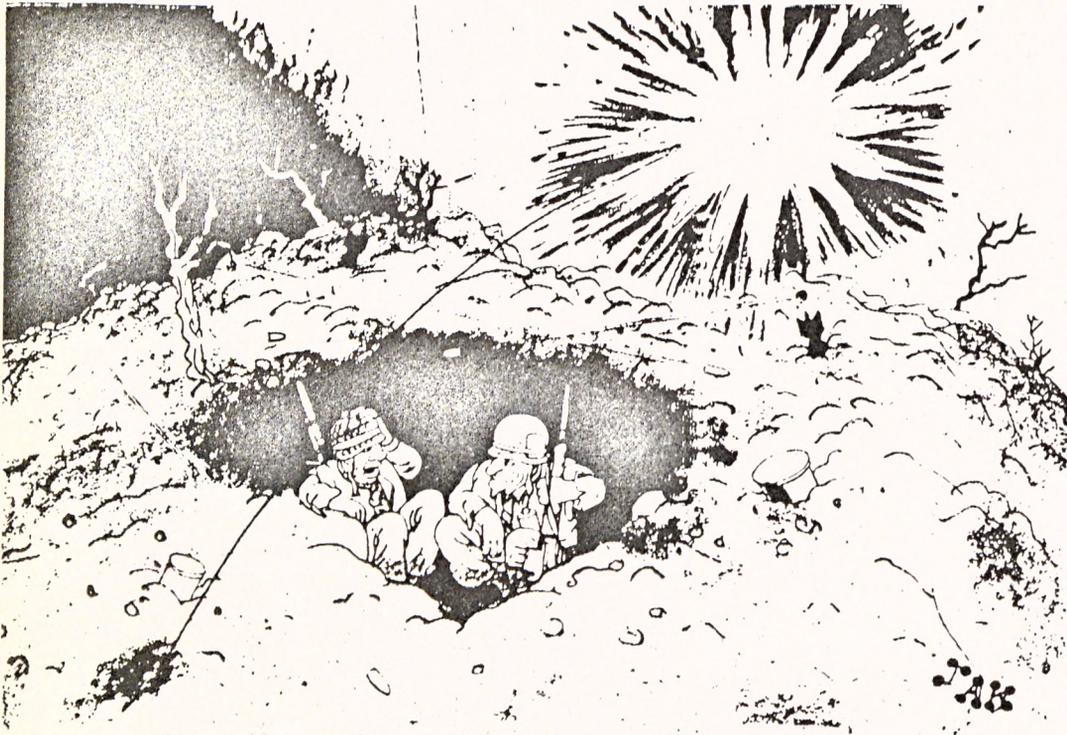
Ich denke, daß darin unsere Kraft und Hoffnung liegt, die wir brauchen, um langfristig bestehen zu können.

In diesem Sinn hoffen wir, daß uns allen diese Friedensnacht was bringt.

die überflüssige Bücher meist an sich haben. Das Buch macht Lernen zu einer fesselnden und befriedigenden Sache. Vielleicht auch für die von uns, die sich allzuoft fragen müssen, wozu sie sich diese abgehobene Physik überhaupt noch reinziehen sollen, weil ihnen einfach der Sinn zwischen all den Erzeugungs- und Vernichtungsoperatoren und Streumatrizen nicht mehr klar werden will.

Allerdings: Wer noch neu im Studium ist, den wird der Fricke/Borst noch stellenweise überfordern, wo man halt etwa eine partielle Differentialgleichung für die Wärmeleitung lösen muß. Aber das ist auch alles nach und nach kapierbar und das meiste im Buch ist elementare Mathematik, die jeder von uns versteht.

Insgesamt: Dieses Buch hat wirklich gefehlt. Gut, daß es geschrieben wurde.



„Wenn die ihre Friedenskonferenz hier abhielten, würden sie bestimmt schneller fertig!“

Buch- besprechung

Als wir hier damit begannen, Euch Bücher vorzustellen, hatten wir ja vor allem solche Bücher im Sinn, die didaktisch besonders gut sind, die sich mit fächerübergreifenden Themen befassen, oder die in ihrem Inhalt auf die Zukunft orientiert sind.

"Der nächsten Generation, unseren Kindern gewidmet", so beginnt, verheißungsvoll genug - ein physikalisches Lehrbuch! Es ist, um's gleich vorweg zu sagen, eins der faszinierendsten Fachbücher, die ich zeit meines Studiums in die Finger bekommen habe und die 48.-- Mark dafür bereue ich nicht.

Energie. Ein Lehrbuch der physikalischen Grundlagen. Von Jochen Fricke und Walter L. Borst. Es ist erschienen im Oldenbourg-Verlag in München.

Dieses Buch ist tatsächlich zukunftsorientiert, denn es behandelt in aller Ausführlichkeit die Physik der sanften Energiequellen (Sonne, Wasser, Wind, Biomasse, Erdwärme, Meeresenergie) und die entsprechenden Technologien, sowie die grundsätzlichen Fragen der Speicherung und des Transports von Energie und die Thermodynamik der Energieumwandlungsvorgänge.

"Die Kernenergie und spezielle Fragen konventioneller Kraftwerke werden in diesem Buch nicht behandelt, da darüber schon ausführliche Literatur in Buchform existiert." So das Vorwort. Zwar existiert auch über die erneuerbaren Energietechnologien ein ansehbarer und wachsender Berg von Literatur - leider aber bislang nicht von der Art, wie sie ein Ingenieur- oder Physikstudent braucht, um sich für die Zukunft zu qualifizieren. Mit Bastler-Heftchen, etwa von der Art "Wir schnitzen uns einen Windpropeller" oder "Die Sonnendusche aus dem Sperrmüll" war uns da noch nicht gedient.

"Ihr Techno-Profis, laßt bloß die Finger von unseren sanften Technologien!" höre ich da schon den idealen Alternativ-Freak rufen, "Ihr bringt ja uoch bloß Größenwahn-Projekte oder Massenware vom Fließband zustande!"

Klar - jeder von uns muß sich Gedanken drüber machen, in welcher Weise das, was er/sie später als Ingenieur im Multinationalen Großunternehmen an Ergebnissen ausspuckt, noch anderswoher beeinflusst wird als vom Sachverstand:

a) die eigene Psyche mit ihren Verwirklichungswünschen und b) das gewinnorientierte Wirtschaftssystem definieren mit, was für ein Problem als "Lösung" gilt. Diese Dimension schneidet der Fricke/Borst auch nicht an.

Was hilft's - wenn es je klappen soll, unsere industrielle Maschinerie in ihrem Amoklauf zu bremsen und sie in andere Richtungen zu lenken, dann müssen wir uns in ihre Büros und Werkhallen hineinbegeben. Die Feierabendprodukte der Alternativbastler spielen ihre Pionierrolle gut. Technische Ideen aber, die in den reichen Gesellschaften der 80er Jahre radikal wirksam werden sollen, müssen sich die Wissenschaften zunutze machen, anstatt sie wegen ihrer bisherigen Leblösigkeit und Trockenheit schon auf den Müllhaufen der Geschichte zu werfen. Wir kommen auf dem Weg zur Alternative nicht ums wissenschaftliche Denken und Rechnen herum!

Hier ist nun ein Buch, das auf seinen fast 500 Seiten durchweg zum Mitdenken und Mitrechnen einlädt. Zum Beispiel im Kapitel "Thermische Flachkollektoren": Da werden in etlichen durchgerechneten Aufgaben die erreichbaren Betriebstemperaturen, Wärmeverluste, Wirkungsgrad und nichtstationäres Verhalten von Sonnenkollektoren verschiedener Abmessungen und Bauweisen untersucht. Im Kapitel Windenergie werden aufgrund der aerodynamischen Gesetze Windrotoren entworfen und unter "Langzeitspeicherung von Wärme" wird mit dem programmierbaren Taschenrechner das ganzjährige Verhalten eines Solarkollektor-Wärmespeicher-Haus-Systems simuliert, wobei man verschiedene Isolationsgrade von Haus und Speicher einsetzen und sich die Wirkung ansehen kann.

Das Buch ist nicht nur durch die vielen Beispiele zum Selberrechnen ein wirksames Lehrbuch - die vielseitige und wichtige Thematik läßt auch nirgends jene Langeweile aufkommen

Hochschulpolitische Nachrichten

CDU GEGEN AMNESTIE FÜR STUDENTEN

STUTT GART - Einer Forderung von SPD, FDP und Grünen im Stuttgarter Landtag nach einem Straferlaß für Studenten, die im Zusammenhang mit hochschulpolitischen Auseinandersetzungen an der Heidelberger Universität zu teilweise ungewöhnlich hohen Strafen verurteilt worden sind, hat die CDU eine klare Absage erteilt. Bei der ersten Beratung eines entsprechenden Amnestiegesetzentwurfs der SPD erklärte der CDU-Abgeordnete Hermann Schauflier am 26. Mai im Landtag, ein Sonderrecht für "radikale und gewalttätige" Studenten würde zu einer Verbitterung aller rechtstreuen Bürger führen. Einem solchen Amnestiegesetz würden zudem Forderungen nach weiteren Straferlassen, etwa für gewalttätige Umweltschützer und Demonstranten folgen.

Nach Auffassung der SPD wurde in Heidelberg in den Jahren 1973 bis 1980 gegen Studenten, die Vorlesungen störten, Strafen verhängt, die den Rahmen des üblichen Strafmaßes zum Teil weit übersteigen. Mit einer Amnestie sollten nun nicht die Taten gerechtfertigt werden, sondern ein Zeichen für den "Abbau von Konfrontation" an den Hochschulen und für das "Gespräch zwischen den Generationen" gesetzt werden, betonte der SPD-Abgeordnete Helmut Münch. Die Vollstreckung der beanstandeten Urteile würden zudem die Glaubwürdigkeit von Staat und Justiz beeinträchtigen, meinte der SPD-Politiker. Für die Grünen betonte Holger Heimann in diesem Zusammenhang, daß die zahlreichen Urteile gegen Studenten in Heidelberg nicht etwa ein Beweis dafür seien, daß Heidelberg ein Zentrum rechtswidriger Aktionen gewesen sei. Vielmehr habe die Universitätsleitung in Heidelberg außergewöhnlich viele Strafanträge gestellt, während an anderen Universitäten in ähnlichen Fällen nicht ermittelt worden sei oder lediglich Bußgelder verhängt worden seien.



1. NACKTE REALITÄT



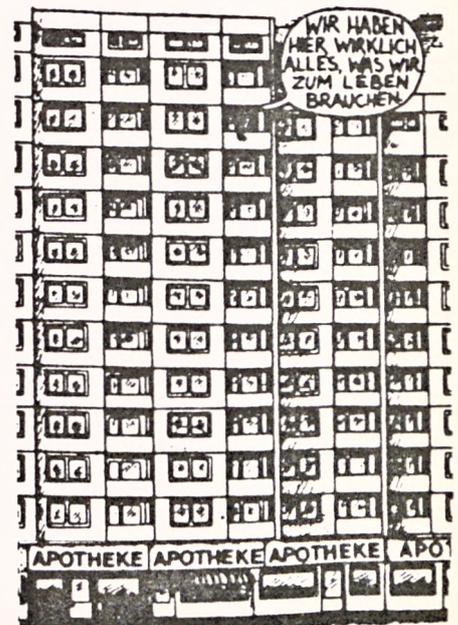
KURZNACHRICHTEN

DORTMUND - Das Bewerbungsverfahren für Auswahlstudiengänge (Numerus clausus-Fächer) für das Wintersemester 1982/83 hat jetzt begonnen. Anträge der Bewerber müssen bis spätestens am 15. Juli bei der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) in Dortmund vorliegen. Auswahlstudiengänge sind die Fächer Medizin, Pharmazie, Biologie, Forstwissenschaft, Haushalts- und Ernährungswissenschaft, Lebensmittelchemie, Psychologie und bestimmte Lehramtsbereiche. Den Angaben der ZVS vom 2. Juni zufolge soll der freiwillige Test im Rahmen der Zulassung zu den medizinischen Fächern am 11. August absolviert werden. An dem Test können 6.000 ausgeloste Bewerber teilnehmen.

UNESCO: SCHÄDEN FÜR BIBLIOTHEKEN

BONN - Die Deutsche UNESCO-Kommission hat nachdrücklich vor schweren Schäden gewarnt, die den wissenschaftlichen und öffentlichen Bibliotheken in der Bundesrepublik durch Sparmaßnahmen der öffentlichen Hände drohen. Zum Abschluß ihrer Jahrestagung erklärte die UNESCO-Kommission am 9. Juni in Bonn, die Bibliotheken würden zunehmend nicht mehr in der Lage sein, ihre Grundaufgabe, nämlich die Bereitstellung eines umfassenden Literatur- und Informationsangebots für Forschung und Lehre, Aus- und Fortbildung, Erziehung und Tradierung des kulturellen Erbes zu erfüllen. Die teilweise drastischen Kürzungen der Mittel, die den Büchereien für Beschaffung, Aufbau der Bestände und deren Erneuerung zur Verfügung gestellt würden, hätten schon jetzt dazu geführt, daß die Bibliotheken auf die Beschaffung von Monographien und wissenschaftlichen Zeitschriften, vor allem aus dem Ausland, verzichten müßten und Sondersammelgebiete nicht mehr vollständig erhalten könnten.

Die UNESCO-Kommission äußerte die Sorge, daß hier Lücken aufgerissen würden, die sich später nie wieder schließen lassen könnten. Der Wissenschaft und der Forschung sowie der Lehre werde damit "unermesslicher Schaden auf lange Zeit" zugefügt. Die Kommission appellierte deshalb an Bund, Länder und Gemeinden, die Zukunft der Büchereien sicherzustellen.



VERANSTALTUNGEN

18.06. Bluesbreakers
DM 4

19.6. Disco

22.6. "Gimme shelter"
Stones im Film DM 3
anschl. Disco

23.6. Gitarrenabend mit
Uschi Port
DM 2

25.6. Undergroundband
-Rocktheater- DM 4

26.6. Dale King Blues
Band (4,-)

2.7. Afro-Disco
black roots musik

IM
SCHLOSS
KELLER
*

3.7. Robby S. Band
Rock
DM 4

29.6. Theatergruppe
Courage

6.7. "Kids are alright"
The Who live auf Celluloid
anschl. Disco DM 4

*
UND
ANDERSWO
*

9.7. Manfred Pilgrim
Liedermacher
DM3

13.7. "Edeltröt"
... wie der Name
schon sagt
DM 3

10.7. Overdrive DM4
Brass Rock

21. BIS 26. JUNI:
7. DARTSTÄDTER STUDENTEN-
THEATER-FESTIVAL!
IM POP-UNT-
THEATER

14.7. Abschluß-Disco

.... und nach zweimonatiger Sommerpause reht's im Schlosskeller wieder

weiter am 16.9., am 17.9. spielt "Glass" Deutschrock.

*
ACHTET
AUF DIE PLAKATE
ZUM
THEATER-FESTIVAL!

*
KARTEN
ZUM
THEATER-
FESTIVAL
IM ASTA UND
IM ASTA-PAPIERLA-
DEN